

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Vändchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags
Bezugspreis monatlich 50 Pfg., durch die Post
vierteljährlich Mk. 1.50 und Bestellgeld. ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diebenbergen, Erbenheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Mallenheim,
Medenbach, Nautob, Nordenstätt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachfen.)

Der Anzeigerpreis beträgt: für die kleinstmögliche
Penzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: : : Postzeitungsliste unter Nr. 110 a. :: : :

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 150.

Samstag, den 15. Dezember 1917.

17. Jahrgang.

Politik und Beamte.

Der Beamtenstreik vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

— Berlin, 12. Dezember.

Am 1. Oktober hatte der neue Minister des Innern Dr. Dreyer einen Erlaß an die Oberpräsidenten geschickt, worin er sagte:

„Anlässlich einer Anfrage eines der Herren Oberpräsidenten über die Beteiligung der politischen und anderen Staatsbeamten an den Bestrebungen der deutschen Vaterlandspartei habe ich entschieden, daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsbürger, der Beitritt zu dieser Partei freistehe, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen eintreten. Ich ersuche, dies zu beachten.“

Darauf bezieht sich der heute zur Verhandlung gelangte Antrag der Abgeordneten Fuhrmann (nl.), Freiherr v. Poe (Ztr.), Martin (freik.), Winkler (konf.) und Genossen auf Sicherstellung des Rechtes der Staatsbeamten zur politischen Betätigung. Der Antrag lautet:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung unter Jurisdiktion neuerdings verbotlicher Einschränkungen sicherzustellen.“

In Verbindung mit diesem Antrag wird ein Antrag des fortschrittlichen Abgeordneten Kronsahn und Genossen beraten, der folgenden Wortlaut hat: „Die Staatsregierung zu ersuchen, für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Überzeugung gewährt, jedoch unterlagert wird, innerhalb der Dienstreise oder auf dienstlichem oder sonst durch Ausübung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien auszuüben.“

Die Begründung der Interpellation.

Abg. Fuhrmann (nl.): Im Namen der Angehörigen der Vaterlandspartei aus den verschiedenen Fraktionen muß ich hier feststellen, daß das Verbot des Ministers vom 1. Oktober offenbar einen Vorstoß gegen die bisherigen Gewohnheiten bedeutet. Abgesehen von der Sozialdemokratie sollte eine tatkräftige Betätigung der Beamten in allen Parteien zulässig sein, das war immer die Regel. Die Regierung will doch keinen Scheidemann-Frieden, und darum befinden sich die Beamten, die für die Vaterlandspartei wirken, durchaus auf dem Boden des Staates und damit ihres Rechts. (Beifall.)

Minister des Innern Dr. Dreyer: In dem angefochtenen Erlaß ist selbst darauf hingewiesen worden, daß er eine Entscheidung wiederholt, die ich in der Zeit vorher auf eine an mich gerichtete Anfrage hatte ergehen lassen. Etwa am 10. September war mir aus der Provinz die Anfrage vorgelegt worden, wie sich die Beamten der inneren Verwaltung, insbesondere die politischen Beamten, gegenüber der Vaterlandspartei zu verhalten hätten. Ich habe damals sofort telegraphisch die Entscheidung erlassen, die ich nachher an die übrigen Provinzialbehörden mitgeteilt habe. Ich möchte diese Daten am besten anführen, weil in den Tagen, als ich auf die erste Anfrage einen telegraphischen Bescheid ergehen ließ, der Streit über die Vaterlandspartei ja bei weitem noch nicht in dem Maße entbrannt war und emporloderte wie später, als die großen Auseinandersetzungen über die Art und Weise ihrer Agitation entbrannten, kurz bevor der Reichstag zusammentrat. Ich erwähne das ausdrücklich um deswillen, weil aus den Ausführungen des Abg. Fuhrmann der Vorwurf herausfliegt, daß ich — ich weiß nicht: ob gegen Pflicht und Überzeugung? — aber daß ich jedenfalls aus Rücksichtnahme vor dem, was im Reichstag passiert wäre, den Erlaß herausgegeben hätte. Das hat bei mir keine Rolle gespielt; der Reichstag hatte damals überhaupt noch kein Wort gesprochen. Die Entscheidungen habe ich damals meiner pflichtmäßigen Überzeugung nach gefällt, für die ich auch hier selbstverständlich eintrete. (Sehr richtig! links.) Wäre ich eine anglische Natur, dann hätte ich wahrscheinlich gar keinen Bescheid gegeben. Beamter wäre das für mich auf alle Fälle gewesen. Rücksichten auf Bequemlichkeit und Furcht vor Konsequenzen spielen bei meinen Entscheidungen und Urteilsurteilen keinerlei Rolle. (Zustimmung.) Ich habe in dem Erlaß vom 12. September, den ich in dem Rundschreiben vom 1. Oktober in der kurzen Form, in der er ergangen war, den übrigen Provinzialbehörden mitgeteilt habe, lediglich das zum Ausdruck gebracht, was bezüglich der Haltung der Beamten meines Ressorts gegenüber allen politischen Parteien zu gelten hat. Man kann darüber streiten, ob das, was ich als Norm für das Verhalten der Beamten des inneren Ressorts gegenüber allen politischen Parteien niedergelegt habe, zweckentsprechend und richtig ist. Darüber haben wir hier zu diskutieren. Aber das möchte ich feststellen: in dem angefochtenen Erlaß ist keinerlei Ausnahmegestaltung für die Vaterlandspartei enthalten. Ich habe es mir zur obersten Grundlage meines Handelns gemacht, in allen derzeitigen Fragen, wo eine Stellungnahme des mir unterstellten Behördenapparates zu den politischen Parteien in Betracht kommt, alle politischen

Parteien gleich zu behandeln. (Rebhafter Zustimmung links.) Was der einen Partei recht ist, muß auch der anderen recht sein. In der Bevölkerung darf nicht der Glaube entstehen, daß die Verwaltungsbehörden eine Partei um ihrer Partei willen besser behandeln als eine andere. Ich habe dann aus der Presse sehr bald ersehen, daß dieser Erlaß, der bei Gelegenheit eines einzelnen Falles mit einer gewissen Kürze erlassen wurde, wenn man ihn allein betrachtet und aus ihm allgemeine Schlussfolgerungen zieht, zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Er ist dahin verstanden worden, daß hier eine Ausnahmegestaltung zugunsten der Vaterlandspartei getroffen worden sei. Ich will allen Parteien gegenüber vollkommen objektiv auftreten und will mich deshalb nicht auf ein Urteil über die Vaterlandspartei einlassen. Die Regierung steht heute noch zu dem Worte unseres Königs: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Die Regierung glaubt, daß alle Parteien, die für das Staats- und Volkswohl und Freiheit eintreten, vom guten und ehrlichen Willen befeuert sind, jede auf ihre Weise mit den Mitteln, die sie für recht hält, das Ziel zu verwirklichen. (Beifall links.) Auf diesem Standpunkt steht sie und wird auch auf diesem Standpunkt stehen bleiben. (Erneuter Beifall.) Es sei denn, daß eine Partei den Beweis führt, oder daß der Beweis erbracht wird, daß sie Verrat am Vaterlande treibt.

Als ich sah, daß mein Erlaß mißverstanden worden sei, habe ich zunächst vor, eine schriftliche Erklärung dieses Erlasses herauszugeben, habe es aber nicht getan, weil in den ersten Oktobertagen eine Sitzung des Oberpräsidenten bei mir stattfand, wo wir über andere Dinge sprachen, und weil ich hier in mündlicher Aussprache die beste Gelegenheit finden konnte, ein derartiges Mißverständnis zu beseitigen und meine Stellungnahme noch einmal klar zu präzisieren. Bei dieser Gelegenheit habe ich die allgemeinen Grundsätze bezüglich der Stellung der Beamten der inneren Verwaltung zu den politischen Parteien klar und klar dargelegt. Die Beamten der inneren Verwaltung sind insofern durch ihre Vorgesetzten ebenso klipp und klar darüber orientiert worden. Die Grundsätze, die ich bei der Stellungnahme der Beamten meines Ressorts zu den politischen Parteien beobachtet wissen will, sind folgende: Grundsätzlich herrscht politische Meinungsfreiheit. Die Beamten können den einzelnen politischen Parteien ungetrübt beitreten und ihnen angehören. Keinem Beamten soll, wenn er dieser oder jener Partei beitreten oder ihr fernbleibt, will, irgend ein Vorwurf oder ein Nachteil erwachsen. Was die Betätigung für die politischen Parteien, oder, wie ich versucht habe, es deutlich auszudrücken, ein Eintreten in Wort und Schrift für die Ziele einer Partei, so möchte ich hervorheben, wie ja auch schon Herr Fuhrmann angedeutet hat, daß es anerkanntes Recht ist, das auch durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtes bestätigt worden ist, daß der Beamte in dieser Hinsicht nicht so dasteht, wie jeder andere Staatsbürger, sondern daß er gewissen, sich aus der Natur seines Beamtenverhältnisses ergebenden Einschränkungen unterworfen ist. Als solche Einschränkung ergibt sich ganz allgemein, d. h. die, daß er es unbedingt unterlassen muß, auf die nachgeordneten Beamten einen Druck auszuüben, einer gewissen Partei beizutreten, daß er auch sonst anderen dritten Personen gegenüber es unbedingt unterlassen muß, vermöge der Befugnisse, die ihm sehr Amt gibt, diesen Dritten gegenüber Entscheidungen zu treffen, auf diese dritten Personen irgend eine Einschränkung auszuüben. Ferner ergibt sich, auch die natürliche Aufgabe, daß er nicht während der Amtsstunden mit den amtlichen Materialen Agitation für die politische Partei, der er angehört, treiben darf. Alle diese Beschränkungen gelten, wie ich ohne Rücksicht auf meine Kollegen aus den anderen Ministerien glaube feststellen zu können, zweifellos für die sämtlichen Beamten der Regierung. Hier die Beamten der inneren Verwaltung kommt nun noch ein besonderer Gesichtspunkt in Betracht. Zum Ressort der inneren Verwaltung gehören politische Angelegenheiten in weitestem Umfang. Für zahlreiche Gebiete, die insbesondere auch mit dem politischen Parteiwesen in enger Beziehung stehen, wie Vereins- und Versammlungsrecht, Presse usw., sind von den Beamten der inneren Verwaltung sehr häufig Entscheidungen zu treffen, und zwar nicht nur von den Beamten in selbstständiger und leitender Stellung, wie den Regierungspräsidenten und den Landräten, sondern, wie die Dinge einmal liegen, auch von den nachgeordneten Beamten, so von dem Kreissekretär wie auch von den einzelnen Amtsbeamten, die in der Verwaltung die Polizei auszuüben haben. Ich halte es für unbedingt nötig, daß auf alle Fälle unter allen Umständen auch nur der Anschein vermieden wird, daß diese Beamten bei ihren Entscheidungen, die sie im einzelnen Falle selbstständig zu treffen haben, bei denen sie mitwirken haben, irgendwie durch ihre politische Parteistellung beeinflusst sein können. Eine derartige Gefahr, daß dieser Glaube, den ich, wenn er erfüllt, für sehr bedauerlich halte, daß in der Bevölkerung verbreitet liegt, dann vor, wenn die einzelnen Beamten an der Agitation für bestimmte politische Parteien in irgendiger und bemerkbarer Weise teilnehmen. Deshalb ist hier schon wiederholt ausgesprochen worden, daß gerade für die Beamten der inneren Verwaltung vermöge dieser besonderen Natur ihres Amtes eine besondere Zurückhaltung in ihrer nach außen hin erkennbar werdenden Betätigung

für eine politische Partei und ihr Eintreten mit Wort und Schrift für politische Parteien geboten ist. Ich halte es deshalb für erwünscht, daß die Beamten der inneren Verwaltung dieser Klippe überhaupt aus dem Wege gehen und daß sie sich an der Agitation für bestimmte politische Parteien nicht beteiligen. Ich halte es für erwünscht — tut ein Beamter es doch, so kann ich es ihm nicht verbieten. Er ist aber dafür verantwortlich, daß er die gebotene Zurückhaltung unter allen Umständen strengstens innehält und ich muß ihn unter allen Umständen im allgemeinen Staatsinteresse im einzelnen Falle dafür verantwortlich machen, daß er diese Grenze in keinem Fall überschreitet. Es besteht sehr wohl ein Unterschied zwischen diesem „Nichtwünschen“ und dem, was verboten ist. Weiter bestehen für politische Beamte auch noch andere Grenzen, auf welche der Abgeordnete Fuhrmann schon eingegangen ist. Fürst Bismarck hat diese in seinem unsterblichen Erlaß von 1882 dahin zusammengefaßt, Aufgabe der politischen Beamten ist es, die Politik der Regierung nach außen zu vertreten. Das weiß jeder, das ist ihre Aufgabe, das ist ihre Beamtenpflicht, und deshalb müssen die politischen Beamten, der sich an der Agitation für eine bestimmte politische Partei betätigt, weißt damit in der Bevölkerung die Anschauung, daß die Ziele dieser politischen Partei und die Ziele der Regierung auseinandergehen, so ist derjenige politische Beamte, der in der Öffentlichkeit mit seiner Person für die Ziele dieser politischen Partei eintritt, nicht in der Lage, die Aufgabe seines Amtes in richtiger und zweckentsprechender Weise zu erfüllen, nämlich für die Ziele der Regierung in der Öffentlichkeit wirksam einzutreten. Um Irrtümer auszuschließen, möchte ich von vornherein erklären, daß die parlamentarische Tätigkeit der Beamten durch diese Ausführungen selbstverständlich nicht berührt wird. Die parlamentarische Tätigkeit ist eine allen Beamten verfassungsmäßig gewährte Freiheit, die von der Regierung selbstverständlich absolut nicht berührt wird.

Diese Grundsätze ergeben sich gerade aus der Natur des Beamtenamtes der inneren Verwaltung und seiner speziellen Aufgaben. Sollten über die Tragweite meines Erlasses vom 1. Oktober Mißverständnisse bestanden haben, so sind diese Mißverständnisse wohl bei der Besprechung mit dem Oberpräsidenten vollkommen beseitigt. Diese Grundsätze will ich auch in Zukunft aufrecht erhalten und zwar auch aus einer anderen Erwägung heraus. Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten halten unsere gesamte Bevölkerung in verärgeltere Lagen. Der Streit der Parteien spielt auf dem Gebiete der äußeren und der inneren Politik auseinander. Da müssen wir alles vermeiden, was diesen Miß, der durch unser öffentliches Leben geht, noch weiter vertiefen könnte. Wenn nun die Beamten der inneren Verwaltung davon abgehalten werden, sich einer Agitation für bestimmte Parteien nicht zu betätigen, so dient es dazu, die Gegensätze nicht zu vertiefen. Damit dienen wir der Einheit unseres Vaterlandes, die wir gewiß nicht nur nötig haben, um den Krieg zu gewinnen, sondern die wir auch bei der Erfüllung unserer Aufgaben nach Friedensschluß bitter brauchen. (Beifall.)

Der dann folgende Aussprache lag des ferneren noch ein Antrag Hoffmann (L.-Soz.) zugrunde, der volle Unabhängigkeit in der politischen Betätigung der Beamten verlangte.

Abg. Ranzow (Bd.) verlangte ein fortschrittliches Beamtenrecht. Die Tätigkeit der Vaterlandspartei in der Provinz wäre den inneren Frieden ganz bedenklich.

Abg. Hennings-Zechlin (konf.) verteidigt unter großer Anzucht der Linken die Vaterlandspartei. Es gibt Parteien, die die Beamten beunruhigen müssen. (Anruf bei den Soz.) Das Friedensgerede hat sehr viel geschadet.

Abg. Bayer-Neuhadt (Ztr.) beantragt die Überweisung beider Anträge an einen Ausschuss.

Abg. Reimer (Soz.): Wenn die Regierung tut, was die Rechte will, dann verlangen die Konservativen die Unterstützung durch die Beamten. Will die Regierung etwas anderes, dann sollen die konservativen Beamten auch gegen die Regierungspolitik auftreten.

Abg. Martin-Cels (freikons.): Das Wort „unerwünscht“ war in dem Erlaß unangebracht. Wirkliches Material gegen die Vaterlandspartei ist nicht vorgebracht worden; sie wollte nur einen unglücklichen Friedensvorschlag verhindern.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.
Morgen: Kohlenversorgung.

Die armen Hilfsvölker.

Der Engländer und seine Bundesgenossen.

Aus Maastricht wird uns geschrieben:
Französische Zeitungen geben gerade in der letzten Zeit wieder ihrem Erstaunen Ausdruck, daß die Engländer, denen die gesamte Entente doch willig die politische und maritime Führung überlassen hat, es nicht über sich bringen können, die Landkriegsführung einem französischen Oberbefehlshaber anzuvertrauen. Mit Recht betonen die Franzosen, daß sie die Hauptlast des Krieges getragen haben, und daß ihre Armee die größten und beständigen von allen Seiten des

Verbandes m. Ihnen wurde also... auf Befehl der gemeinsamen Oberbefehlshaber zu...
...auf Befehl der gemeinsamen Oberbefehlshaber zu...
...auf Befehl der gemeinsamen Oberbefehlshaber zu...

Man darf sich aber nicht vorstellen, daß Eng-
länder und Franzosen gute Kameraden seien. Die
Führung hat ihre guten Gründe, wenn sie die Ver-
mischung der verbündeten Truppen möglichst vermeidet.
Die Franzosen beklagen sich ständig über das an-
maßende und rücksichtslose Auftreten ihrer „Freunde“,
und die Engländer schimpfen mit Recht über eine
neuerdings beliebte Schifane der Franzosen ihnen ge-
genüber, nämlich das Abnehmen der Pumpenschwen-
gel, ohne die man auf dem Marsche natürlich durften
muß. Daß den Franzosen das Blut in den Kopf
steigt, wenn sie sehen, wie der Bundesgenosse in den
von ihm besetzten Departements sich häuslich einrichtet
und alle Waren, Lebensmittel und — Mädchen für sich
allein beansprucht, ist durchaus verständlich.

Die anderen Mitglieder des Biederverbandes sind
für den Engländer Gifford von untergeordneter Be-
deutung. Die Belgier sind ihm äußerst unsympa-
thisch. Der britische Soldat spricht mit verdächtigem
Vach von der Armee, die kaum gut genug ist, in
Ruhe hinter dem breiten Ueberflutungsgebiet zu
sitzen, und die man ablösen muß, sobald eine ernst-
hafte Berührung mit dem Feinde in den Bereich der
Möglichkeit rückt. Für die inneren Gründe der Mut-
losigkeit des belgischen Heeres hat der Engländer natür-
lich kein Verständnis. Vergeblich betont die englische
Gesellschaft und Regierung das Mitleid und die Freund-
schaft mit den geprellten Bundesgenossen. Die Por-
tugiesen, „Pork and Beans“, wie die englischen
Soldaten so hübsch sagen, sind vollends eine lächer-
liche Erscheinung an der englischen Front. Darüber
kann man sich nicht wundern. Von den Russen hat
der einfache Soldat keine rechte Vorstellung. Die
Presse sorgte dafür, daß die russische Armee trotz aller
ihrer Niederlagen als eine wertvolle Waffe des Ver-
bandes hingestellt wurde. Jetzt bedauert man die „ab-
gelutet niedergebrosenen Russen“ mehr, als daß man
ihnen Barmherzigkeit macht.

Anders ist es mit den Italienern. Keine Na-
tion erfreut sich so tiefer Beachtung im britischen
Heere, wie die italienische. Fast selten hört man,
namentlich von britischen Offizieren, daß der Bruch
Italiens mit seinen ehemaligen Verbündeten zwar im
Interesse Englands, aber doch eine richtige Schurerei
gewesen sei. Der englische Arbeiter hat im Frieden
schon Gelegenheit gehabt, die Italiener kennenzu-
lernen. Aus persönlicher Anschauung sind daher auch
die famosen Spottnamen geboren, mit denen man die
„Ragelmacher“ im britischen Heere zu bezeichnen pflegt.
„Eisernenhändler“, „Kassantenkredner“, „Drehorgel-
spieler“, „Gipsfigurenhändler“, „Ind Bezeichnungen für
die ganze Nation geworden. „Kassabtschneider“, „Schmu-
tze und lauffige Hunde“ hört man häufig. Die letz-
ten Niederlagen haben die Italiener in der Achtung
der Engländer noch stark herabgesetzt. „Die ver-
fluchten Italiener schlagen sich erbärmlich, diese Bett-
ler.“ Die Italiener haben sich ergeben, diese ver-
dammten Kerle. Mit Engländern hätte das nie ge-
schehen können. Sie blamieren die ganze Entente.“
Die Italiener haben eine Heidenangst vor den Deut-
schen. Sie hatten ausgezeichnete Gebirgsstellungen,
aber sie saßen sich jämmerlich geschlagen.

Das sind Aeußerungen britischer Offiziere, die sich
noch belächeln vermehren ließen. Sie geben ein gutes
Bild von der „Einmütigkeit“ bei unseren Feinden.
Man versteht, daß es eine unmögliche Aufgabe ist,
eine wirkliche Einheitsfront herzustellen, je länger der
Krieg dauert, je größer unsere militärischen Erfolge,
um so aussichtsloser werden die heißen Bemühungen
der Ententeplatonen sein, die Grundzüge in den
Völkern und Heeren zu vertuschen. Sobald Englands
Macht unter den Schlägen unserer Armer und der Wir-
kung der U-Boote zu wanken beginnt, werden die
getrockneten und mitschüttelten Klauen Englands ver-
suchen, die Fesseln abzuschütteln, des können wir ge-
wis sein. Im Augenblick unseres Endsieges zerfällt der
Band unserer Feinde.

Die Lage Lenins.

Werden die Bolschewiki sich halten können?

Seit die Engländer sich auf dem Wege über Ame-
rika an die Bolschewiki-Maximalisten herangeschlangelt
haben, kann man annehmen, daß auch sie vor Lenin
Respekt haben und auf die Dauer seiner Regierung
pochen.

Für uns ist es natürlich von allergrößter Trag-
weite, zu ermitteln, was die Leute, die mit uns über
den Frieden verhandeln, eigentlich zu befehlen haben.

Das Bild schwankt natürlich noch immer.

Die Nahrungsmittel sorgen scheinen allerdings
überwunden zu sein. Der Lebensmittelausschuß
meldet, daß die tägliche Mehrlieferung bereits eine Mil-
lion Kilogramm übersteigt. Der tägliche Verbrauch
beträgt, falls die Rationierung auf 400 Gramm fest-
gesetzt ist, fast 900 000 Kilogramm Mehl. — Der So-
zialistenausschuß in Tobolsk meldet, daß die Un-
zufriedenheiten die Angaben des früheren Lebensmittel-
ausschusses Protokollisch bekräftigen, wonach Störzeln
von ausgezeherten Ernte hätte und der über-
flüssige Korn zu Millionen Tonnen ausmachte.
Dringende Verfügungen zur Ordnung des Transport-
wesens von Tobolsk nach Moskau sind getroffen.

Lebensmittel können die Beamtenverhältnisse
verbessern. Nach Petersburger Mitteilungen ist sich
die deutsche Regierung darüber vollkommen im Kla-
ren, daß die Lebensmittelverhältnisse in Moskau

auf die Dauer außer Stande ist, ihre jetzige
Macht aufrecht zu erhalten. Doch hatten verschiedene
Schritte gegen die Arbeitsverweigerung der Staats-
beamten sowie der Versuch, die gebildeten Elemente
besonders des linken Flügels der Sozialrevolutionäre
und Internationalisten für sich zu gewinnen, in den
letzten Tagen Erfolg.

Das Blatt des Revolutionsdichters Maxim Gorki,
„Kotova Schis“, tritt nunmehr, nachdem auch die
Wahlen zur Sobranje das Übergewicht der Bolschewiki
außer Zweifel stellen, für das Zustandekommen einer
radikal-sozialistischen Sammelregierung unter
Führung Lenins ein.

Der Volkskommissar, der wöchentlich in großen
Volksversammlungen über die Tätigkeit der neuen Re-
gierung Bericht erstattet, erklärte gegenüber den Vor-
würfen der bürgerlichen Presse, die den Waffenstillstand
als ein großes Wagnis bezeichneten:

„Wenn der Waffenstillstand nicht sofort auf
allen Fronten erreichbar war, so ist das nicht
die Schuld der Maximalisten. Wir haben das Unfrige
getan. Wir haben die Verbündeten vorbereitet und
werden erforderlichenfalls auch selbständig Frieden
schließen. Wir wollen lieber dabei Verluste erleiden,
als durch die Fortsetzung des Krieges dem sicheren
Untergang entgegenzugehen. Unwiderstehlich gab so-
kannt, daß alle Großfürstenpaläste als Staatseigen-
tum erklärt würden. Eine gründliche Demokratisie-
rung aller Behörden und Organisationen sei bereits
im Gange.“

Die Mehrheit des Heeres ist für die Bolschewiki.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung
sind an der gesamten Nordfront beendet. Die Men-
schewiki haben etwa 1 Prozent, die Sozialrevolutio-
näre ungefähr ein Drittel, die Bolschewiki aber
die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die
Zahl der Stimmenthaltungen beträgt nicht mehr als
15 Prozent.

Falsche Propheten.

„Der Mensch ist menschlich.“

Zu den Propheten, die für das vierte Kriegs-
jahr, das auf die Ablehnung des deutschen Friedens-
angebotes folgte, entscheidende Siege der Entente vor-
ausagten, gehörten neben den Staatsmännern und
Feldherren der Entente auch zahlreiche Militärschrift-
steller, so Kepington von der „Times“ und die ver-
schiedensten französischen Generale und Obersten, die mit
der Feder für das Jahr 1917 so große Siege für
ihre Länder voraussahen. Aus den neutralen Staa-
ten sei das Beispiel des Obersten Feyler hervorge-
hoben.

Wir greifen aus dem „Journal de Geneve“ die
folgenden seiner Meinungsäußerungen heraus. Am
30. April schrieb er: „Die Zentralmächte sind der Er-
schöpfung nahe und haben den Krieg schon jetzt so
gut wie verloren.“

Am 7. Mai 1917: „Selbst taktische Erfolge, die
die Deutschen durch Überbrückung von Trümmern aus-
zusetzen vermögen, werden die Lage nicht mehr um-
gestalten. Deutschland befindet sich vollkommen in der
Defensive.“

Am 1. August 1917: „Die deutsch-österreichische
Offensive 1917 wird genau so zum Stehen kommen,
wie die von 1915, sobald die Russen zu sich selbst ge-
kommen sind.“

Am 30. August 1917: „Man kann behaupten,
daß die Erfolge der Italiener am Isonzo und die der
Verbündeten an der Westfront über den Frieden brin-
gen werden, als alle päpstlichen Auslassungen, Stock-
holmer Kongresse, Neben der russischen Maximalisten
und alle positiven Kundgebungen.“

Am 11. September 1917: „Der letzte französische
Erfolg verdient allgemeine Beachtung. Ueberall, wo
die Deutschen mit einem kriegsbegeisterten und gut
ausgerüsteten Gegner zusammenstoßen, sind sie un-
fähig geworden, diesem das Gesicht zu schreiben. Sie
haben jede Initiative verloren.“

Am 4. Oktober 1917: „Für den weiteren Krieg
bleibt das Deutsche Reich auf seine eigenen Kräfte
beschränkt. Österreich-Ungarn und Bulgarien sind
durch Verteidigungsmaßnahmen für deutsche Unterstüt-
zung ausgeschaltet, nur die Türkei könnte sich einer
deutschen Offensive anschließen.“

Am 30. Oktober 1917: „Eine Offensive im Alpen-
gebiet sei höchstens auf den Verbindungswege mög-
lich, dann aber sehr langwierig und ohne Aussicht
auf vernichtende Wirkung.“

Am 21. Oktober 1917: „Die deutschen Eroberungen
in der Ostsee können nichts mehr an der Lage der
Dinge ändern.“

Am 30. Oktober 1917 erklärte er über die Ita-
lienische Niederlage am Isonzo: „Die Niederlage würde
keinesfalls politisch entscheidend sein, die Italiener hät-
ten mehr Aussicht, die Lage wiederherzustellen, als
ihre Feinde, sie glücklich zu Ende zu führen.“

Strenge ist gewiß menschlich. Aber eine der-
artige Fülle in rascher Folge hässlicher Irrtümer,
wie sie dem „Obersten“ Feyler unterlaufen sind und
die schon im voraus zu sehen waren, daß sie nicht
ausgeglichen wurde, läßt auf ein sehr geringes mili-
tärisches Urteilsvermögen schließen oder den Ver-
dacht nicht neutraler Berichterstattung, sondern entente-
freundlicher Jerschätzung der öffentlichen Meinung auf-
kommen.

Die Teuerungszulagen für Staatsbeamte.

Ein vom Staatshaushaltsausschuß des preussischen
Abgeordnetenhauses eingesetzter Untersuchungsausschuß hat in
sieben Sitzungen über die Teuerungszulagen der ver-
schiedensten Parteien beraten und heute dem Ausschuß
Bericht erstattet. Der Finanzminister erklärte sich mit
dem Beschluß des Untersuchungsausschusses einverstanden, daß
sofort eine einmalige Teuerungszulage von 200 Mark
für die Beamten, für jedes Kind 20 Mark mehr
und für die Alleinverdienenden 150 Mark gezahlt wer-
den sollen. Der Minister sagte ein gleiches Borgehen
des Reiches zu; die laufenden Kriegszulagen jetzt zu
erhöhen, konnte sich der Minister nicht entschließen;

er reichte aber eine Prüfung in Aussicht, wenn die
Verhältnisse sich ändern sollten.

Ein fortschrittlicher Antrag verlangte die Er-
höhung der laufenden Zulagen vom 1. Februar
ab, wurde aber schließlich zugunsten einer Entschlie-
gung aller Parteien zurückgezogen, in der gefordert
wird, daß mit Beginn des neuen Etatsjahres eine
Erhöhung der laufenden Zulagen erfolgen soll.
In diesem Zweck soll vom 15. Februar an der Unter-
ausschuß wiederum die Verhältnisse prüfen.

Bezüglich der zum Seeresdienst Einbezogenen be-
stätigte der Minister auf eine fortschrittliche An-
frage, daß die Beträge der einmaligen Zahlung nach
den jetzt geltenden Grundbeträgen auch für diese Be-
amten eingerechnet werden sollen. Fortschrittliche,
nationalliberale und Zentrumstreue wiesen auf die
unerträglichen Zustände hin, die sich hinsichtlich der
Zulagen für die Lehrpersonen herausgebildet ha-
ben. Ein Fortschrittler führte eine Reihe von Fäl-
len an, wonach eine Reihe von Lehrpersonen über-
haupt noch keine Zulagen erhalten haben.

Der Minister stellte Abhilfe in Aussicht.
Bezüglich der Pensionäre konnte sich die Regierung
für eine gesetzliche Regelung nicht entschließen, sie
widersprach auch dem einmütigen Willen des Ausschus-
ses, die Zulagen für die Ruhestandsbeamten gleich-
zustellen mit denen für die aktiven, erklärte sich
aber bereit, die Erlasse in weiterem Entgegenkommen
auszubauen und namentlich auch einen Teil der Ein-
nahmen nicht anzurechnen, die Beamten aus Vater-
ländischem Hilfsdienst zufließen. Ein sozialdemokra-
tischer Antrag wollte die Freilassung dieser Einnahmen
bis 1500 M., der Ausschuß einigte sich auf den
Betrag von 1000 M.

Eine Anregung, auch den Gemeindebeamten, den
Beamten der Knappschaften und denen der Privat-
eisenbahnen eine entsprechende Fürsorge zuteil wer-
den zu lassen, wurde von der Regierung gütigst auf-
genommen, sie erklärte jedoch, daß naturgemäß eine
gesetzliche Einwirkung nicht möglich sei, aber Anregun-
gen gegeben werden sollten.

Ein Lichtstrahl aus England.

Waquith gegen Lloyd George.

England hat sein Spiel verloren. Das wissen
wir.

England gibt sein Spiel auf, sobald es nicht mehr
gewinnen zu können glaubt.

Waquith: Diese Einsicht nun da?

Fast scheint es so. Lansdownes Friedensbrief war
von der Regierung abgeschüttelt worden. Auch die
konföderierten Parteifreunde des greisen Führers Lan-
downe wagten nicht, sich für ihn auszusprechen, aus
Angst, daß die Liberalen den Krieg zu ihrem Partei-
geschäft machen könnten. Jetzt hat der

Liberaler Führer Waquith sich für Lansdowne
ausgesprochen. In einer Rede in Birmingham sagte
er u. a. folgende bedeutungsvollen Worte: „Ich wünschte
sehr, meine Worte wären mehr als irgend ein Mit-
glied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah,
und ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt,
weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß
daß viel von der Kritik, die dem Brief widerfahren
ist, mir daher zu führen scheint, daß Meinungen und
Absichten hineingelesen worden sind, die ich nicht darin
finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir
unser Kriegsführung abänderten oder die Sache eines
oder mehrerer unserer Verbündeten preisgeben sollen
oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ab-
lehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur
anzudeuten, mitteln sollen, daß wir bereit sind, um
Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese
Auslegungen seinem Briefe entweder im Inland oder
in anderen Ländern zugeschrieben worden sind — so
sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen
derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden.“

Ich aber nehme an, daß sein Hauptargument fol-
gendes war: Die Alliierten sollten, während sie den
Krieg fort- und zielvoll fortsetzen, bemüht sein, den
Völkern der Welt, sowohl den Kriegführenden wie den
Neutralen, immer mehr klar zu machen, daß die ein-
zigen Ziele, für die wir kämpfen, nationale und un-
rationalistische Ziele an sich sind und daß es diejenigen
Ziele sind, für die wir in den Krieg eingetreten sind,
und daß wir durch ihre Erreichung unserer Ueber-
zeugung nach nach einer dauernden Friedensbürgschaft
trachten, begründet durch die gemeinschaftliche Auto-
rität eines internationalen Bundes. Um die jüngsten
Worte des Präsidenten Wilson zu gebrauchen, so ist
das Ziel zu wirksamer Geltung zu bringen, die Teil-
nahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der
Völker, die fortan den Weltfrieden verbürgen müs-
sen. Selbst jetzt ist es reichlich klar, daß nicht die
Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder
hinsichtlich im Dunkel gehalten werden über unsere tat-
sächlichen Absichten sowohl hinsichtlich des Krieges
wie des Friedens, und ich werde weiter tun, was ich
kann, um den Schleier zu lüften und womöglich einige
Lichtstrahlen hineinzulassen.“

Also: Revision der Kriegsziele! Wir, die Geg-
ner, sollen endlich wissen, was die Engländer eigent-
lich wollen. Und darüber soll Lloyd George, so ver-
angt Waquith, sich endlich aussprechen.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

In scheint keinen Papiermangel zu geben.

Am 1. Januar 1918 werden in Rom vier neue
Tageszeitungen erscheinen: „La Ragione“, ein republi-
kanisches Organ, geleitet vom Abg. Birolini; „Il Cam-
poboglio“, Organ der parlamentarischen Union; „L'Es-
presso“, geleitet von Tullio Giordana; „Il Tempo“,
geleitet vom früheren Chefredakteur des „Resto del
Carlino“, Raddi. Der sozialistische „Avanti!“ wird in-
folge der Einbeziehung Mailands in die Kriegszone
seinen Sitz nach Rom verlegen.

Schweizer Klagen über französische Fliegerbomben.
Das schweizerische Regierungs-Departement des
Auswärtigen hat am 10. Dezember an die französische

Familie Karl Rörchner,
Familie Emil Schmidt.



Pelz-Mäntel

in
Seal-Elec. 1450.—
Persianer-Klaue
950.—
Ritt-Astrachan
475.—
Breitschwanz-
Astrachan 1650.—
Alaska-Füchse
145.— 125.— 95.—
Kanin-Füchse
49.— 39.— 29.—

**Astrachan- und
Plüsch-Mäntel**
175.— 149.— 128.— 89.—

Kinder-Mäntel
aus molligen Stoffen

59.— 45.— 34.— 21.—

Haus- und Grundbesitzerverein
Bierstadt.

Tel. 6016 Geschäftsstelle Blumenstraße 2a. Tel. 6016
Zu vermieten sind Wohnungen von 1—5 Zimmer z.
Preis von 100—850 Mark. Zu verkaufen sind verschie-
dene Villen, Geschäfts- und Wohnhäuser, Baupläne und
Grundstücke in allen Preislagen.

Schulranzen : Schulranzen
Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10. Reparaturen

Druckladen jeder Art
werden modern u. geschmackvoll in
d. Bierstädter Zeitung ausgeführt.

Großer schöner Kauf-
laden billig zu verkaufen
Erfragen bei Frau Weber,
Bäckerei.
Bügelmäddchen oder
Frau gesucht. Hinter-
gasse 5 bei Janzon.

Seidene Blusen

einfarbig und farziert

45.— 32.50 24.50

Seidene Unterröcke

in allen Farben

34.— 25.— 21.50

Morgenkleider

aus Samt und warmen Stoffen

88.— 78.— 48.—

Winter-Mäntel

aus molligen Stoffen

135.— 98.— 79.— 54.—

Schloss

Damen-Bekleidung

Wiesbaden

Langgasse 32.

Festsaal Frankfurter Hof Mainz.

Art Oberammergauer Passionsfestspiele.
Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und
Judasdarsteller Ad. u. Gg. Jahnach aus Bayern so-
wie hervorragender Passionsdarsteller darunter Fr. Stad-
ler aus Oberammergau. 200 Mitwirkende. Der
Chor besteht aus 100 Damen und Herren Mainzer
Gesangsvereine.

Auf einer dazu erbauten großer Festspielbühne.
Spieltage vom 25. Nov. bis 11. Dez. je abends 7 1/2 Uhr.
Außerdem am 25. 28. Nov. 1. 2. 5. 8. 13. 15. 16. Dez.
je nachm. 3 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
Preise: 4.— 3.— 2.— 1.50 1.— ohne städt. Billetsteuer.
Nach Schluß der Vorstellung Anschluss derzüge nach
allen Richtungen.

Vorverkauf vom 23. Nov. ab an der Tageskasse Frank-
furter Hof von 10—1 Uhr und 3—5 Uhr, sowie eine
Stunde vor Beginn an der Hauptkasse.
Geschäftsstelle der Passionsspiele
Frankfurter Hof Mainz.

Zu kaufen gesucht.
200 Jtr. guter Mist. Preis-
angabe an W. Frechenhäuser
Röderstraße 1.

Ein fast neuer
Doppelspännerwagen
zu verkaufen. Bierstadt,
Hintergasse 20.

Gesucht

eine Wohnung 3 Zimmer
und Zubehör per 1. April
1918. Angebote mit Preis
abzugeben im Berl. d. Ztg.

Eingetroffen

Eine Ladung



Adler-Emaille

Eine Ladung

Steingut

Eine Ladung

Glaswaren

Ich empfehle als:

Praktische

Fest-Geschenke.

Kaffee-Service

Speise-Service

Tonnen-Garnituren

Nickelwaren

Obstschränke

Kartoffelfisten

Kochfistien

Ofenschirme

Vogelfäfige

Elektrische

Tisch- und Nacht-Lampen

Einfach-

Apparate und -Gläser

Nietschmann

Wiesbaden

Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße

Für den

Weihnachts-Verkauf

in grösster Auswahl

Kostüme :: Mäntel :: Mantelkleider
:: Taillenkleider :: Blusen ::
:: Kostümröcke :: Morgenröcke ::
Seid. Strickjacken :: Seid. Unterröcke

Ferner:

Seidenstoffe und Waschstoffe

in neuesten Mustern

:: für Blusen und Kleider ::

S. GUTTMANN

Wiesbaden

Langgasse 1—3